

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/1

Hannover, 3. Januar 1947
Telefon 2c951

Schwäche der SPD?

P.R. "Es wird seine erste Aufgabe sein, Männer und Frauen zu finden, die politische Verantwortung zu tragen vermögen. Im Augenblick ist seine Partei in dieser Hinsicht gefährlich schwach. Die älteren Leute von Format sind entweder tot oder haben ihr politisches Ansehen verloren, die jüngere Generation hat noch keine Gelegenheit gehabt, die politische Wirklichkeit kennenzulernen und sie hat nur eine geringe Chance, ihre Fähigkeit unter der väterlichen Bürokratie der Kontrollkommission zu beweisen". So schrieb die englische Zeitschrift "The New Statesman and Nation" in einer nachträglichen Erwähnung des Schwacher-Besuches in England.

Hier wird ein Sachverhalt berührt, der ohne Scheu zugegeben werden kann, wenn es auch notwendig ist, ihn genauer zu unreißen. Die Sozialdemokratische Partei hat unter der Herrschaft der Nazis in ihrem Funktionärsbestand die stärkste Einbusse von allen Parteien erlitten, vielleicht mit Ausnahme der Kommunisten. Die Männer, die sich zum Sozialismus bekannt hatten und noch bekannten, als das Hakenkreuz schon zum Symbol Deutschlands geworden war, wurden besonders rücksichtslos aufgespürt, verfolgt, und, wo man ihrer habhaft werden konnte, liquidiert, indem man sie kurzerhand endgültig beseitigte oder ins KZ brachte.

Die massgebenden Vertreter der bürgerlichen Parteien hatten es zumeist, soweit sie nicht gar überschwenkten, erheblich leichter. Sie überbrückten die Nazizeit oft auf äusserlich unpolitische Weise, hatten dabei die Möglichkeit, die Augen offen zu halten und Verbindungen zu pflegen, die sie heute nützen können. Das personelle Reservoir dieser Parteien, voran der CDU, die ausserdem auf die Kräfte nicht wieder aufgetauchter Rechtsparteien zurückgreifen kann und das auch ohne besondere Scheu tut, lässt sich verhältnismässig leicht auffüllen.

Die heute sichtbaren Auswirkungen der damaligen Verfolgungen treffen jedenfalls die SPD weitaus am härtesten, viel schwerer auch als die Kommunisten, weil (mit Ausnahme des Bereiches der russischen Besatzungszone) nach den Wahlergebnissen überall Sozialdemokraten an führender Stelle die Verantwortung mitzutragen haben, was für die Kommunisten ja nur in viel geringerem Umfange zutrifft. In der Emigration sind viele seinerzeit führende Sozialdemokraten gestorben, andere haben sich inzwischen der Jahreshälfte der Siebziger genähert und werden grossen bleiben. Auf allen übrigen, denen die zurückkamen und denen die hier alles überstanden, lastet eine Arbeitsbürde, die sie kaum zu tragen vermögen.

Andererseits ist unverkennbar, dass die junge Generation gerade in der Sozialdemokratie stürmisch nach vorn drängt, voll aufgeschlossenen Sinnes und unverbrauchter Kraft, auch wenn ihre Erfahrung im Augenblick noch gering ist. Auch Dr. Schumacher und seine Freunde brachten aus ihren Besuchen in den Kriegsgefangenenlagern in England den gleichen Eindruck mit zurück, dass vor allem aus den Reihen dieser jungen Männer die künftigen politischen Aktivisten und in erster Linie die der Sozialdemokratie kommen werden.

Zuversichtlich stimmt auch, dass hier keine, durch äussere Umstände verursachte Erscheinung vorliegt. Vor einem Jahr schon fanden sich in einer sehr gründlichen Untersuchung über die Struktur und die Aussichten der neuen deutschen Parteien, im Auftrage einer hohen amerikanischen Stelle von sehr sachkundiger Seite angestellt wurde, ähnliche Feststellungen. Auch hier war zunächst von der inneren Schwäche der Sozialdemokratie und ihren Ursachen die Rede, unter denen wieder der Aderlass durch die Nazidiktatur an erster Stelle stand. Doch es hiess dann etwas später: "Schon jetzt ist die Sozialdemokratie aber zweifellos die im Durchschnitt stärkste der reaktivierten alten Parteien."

Schon heute sind zu dieser Bewegung jüngere Kräfte hinzugekommen, jüngere Menschen mit der nötigen Lebenskraft und nach der harten Schule der Hitler-Verfolgung auch mit ^{grös} einem gefestigten Charakter, Elemente kurzerhand, wie sie die ^{die} Führung einer Massenpartei braucht. Auch hat sich ein grosser und besonders aktiver Teil der Jugend, die aus der bürgerlichen Sphäre stammt, heute sozialistischen Ideen zugewandt und sieht in der SPD eine zukunftsweisende Idee und ein Feld mit unerschöpflichen Betätigungsmöglichkeiten.

Was heute auf den ersten Blick vielleicht als eine gewisse Schwäche der Sozialdemokratischen Partei erscheinen mag, das Fehlen einer breiten Schicht von sofort verwendungsfähigen erfahrenen Männern, wird sich, wenn der Engpass einmal durchschritten ist, als ein Vorzug erweisen, dann nämlich, wenn in einiger Zeit eine starke Gruppe der jüngeren sozialistischen Generation in die erste Reihe aufgerückt ist, eine Gruppe, die zunächst noch weniger mit Erfahrung, dafür umso reichlicher mit Temperament ausgestattet ist. Sie selbst und alle, die ihr den Weg ebnen wollen, müssen dazu beitragen, dass sie die noch fehlende Reife gewinnen kann, ehe durch dieses mühevoll Begonnen der Schwung des Temperamentes gelitten hat.

Die zwei Wege zum Sozialismus

Eine grundlegende Äußerung Stalins

G.M. Im "Daily Herald" berichtete kürzlich Morgan Philipps, der Sekretär der englischen Arbeiterpartei über eine Äußerung Stalins anlässlich des Besuches einer Labour-Abordnung in Moskau während des vergangenen Sommers. Stalin traf die besonders für alle Freunde des Kommunismus geradezu sensationelle Feststellung:

"Es gibt zwei Wege, die zum Sozialismus führen, den russischen und den englischen. Die russische Methode ist kürzer, aber schwerer, weil sie mit Blutvergießen verbunden ist. Die parlamentarische Methode vergießt kein Blut, aber ihr Vorgang ist viel länger.---

Welche Unterschiede immer zwischen uns im Augenblick sein mögen, sie können nichts an der großen historischen Tatsache ändern, daß England und Rußland, zwei der größten Länder der Welt, sich beide auf dem Wege zum Sozialismus befinden."---

Die Sozialdemokraten sind schon immer für den auch von Generalissimus Stalin als möglich erkannten Weg zum Sozialismus gewesen. Und jetzt, nachdem nun wirklich in der Welt genügend Blut geflossen ist, noch mehr denn je. Wir entschieden uns außerdem für die demokratische Methode, weil sie trotz aller möglichen Mängel den einzelnen Menschen und Gruppen unserer Gesellschaft sogar bei der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel ein Höchstmaß persönlicher Freiheit garantiert.

Die alten Sozialdemokraten aber werden sich gewiß mit Bitterkeit jener Jahre erinnern, in denen sie von kommunistisch organisierten Arbeitern übel angegangen wurden, wenn sie das zu sagen wagten, was jetzt von der Masse prominente kommunistische Führer wie Stalin und Thorez der Welt als das letzte Ergebnis ihrer staatspolitischen Erkenntnisse verkünden.

Allgemeiner deutscher Lehrerverband

Die Lehrerorganisationen hatten in der Vergangenheit seit der ersten Gründung dieser Vereinigungen 1846 eine stets weit über den Berufsstand hinausgreifende Bedeutung. Sie verfolgten gewerkschaftliche und kulturpolitische Ziele und übten auf die Entwicklung der Schule und der Bildungsidee, der Jugendfrage in ihrem weitesten Sinne und des demokratischen Gedankens tiefgreifenden Einfluß aus. Diese Tatsache sichert auch der Gründung eines neuen Verbandes der Lehrer weitgehende Beachtung und ein lebhaftes öffentliches Interesse.

Im "tollen Jahr" 1848 entstand der erste "Allgemeine Deutsche Lehrerverein", und sein wirksamster Gründer war der schlesische Lehrer Friedrich Wilhelm Wander aus Hirschberg, der "rote Wander", wie er von der politischen Reaktion genannt wurde, der selbstlos und unermüdet, unerschrocken und unbeirrt immer wieder die engen Beziehungen zwischen dem Aufstieg der Schule und der Demokratie aufdeckte, auch wenn er durch andauernde Kastroegelungen schwerste Bedrückungen erlitt. Unterstützung erfuhr er von dem anderen unerschrockenen Vorkämpfer für Schule und Lehrerstand: Adolf Diesterweg. Dieser erste Lehrerverein fiel den reaktionären Bestrebungen der fünfziger Jahre zum Opfer.

Erst nach der Reichsgründung gelang es zum zweiten Male, einen deutschen Lehrerverein ins Leben zu rufen: Am 28. Dezember 1946 hätte er seinen 75. Geburtstag gefeiert. Aber er umfaßte nicht, wie Wander es wollte, die Lehrer aller Schulstufen, sondern sammelte in seinen Reihen in wesentlichen nur die Volksschullehrer.

Was er in dem Zeitraum 1871 bis 1933 im Sinne sozialistischer und demokratischer Gesamtentwicklung geleistet hat, kann kaum überschätzt werden. Die Forderung der Einheitsschule ist zuerst von ihm gestellt worden, jener schulischen Organisation, die eine organische Verbindung zwischen den verschiedenen Schularten herstellen sollte, so daß nicht neben einem ausgebauten Bildungswesen, das für die bevorrechteten Kreise da war, das Stiefkind Volksschule (lies: Armenschule) einzeln einherlief. Der Gedanke der Einheitsschule bildete die Grundlage für die gesamte schulpolitische Entwicklung in Deutschland und weit über Deutschland hinaus. Das sinnvollste und volkstümlichste Glied dieser Einheitsschule ist die Hauschule, die zuerst gedacht und gefordert worden war vom deutschen Lehrerverein. Es mag in diesem Falle darauf aufmerksam gemacht werden, daß der von dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg angewandte und seitdem geflügelte Wortgewordene Satz: Freie Bahn dem Tüchtigen! gar nicht von ihm geprägt worden war, sondern von einem der Vorkämpfer der Bildungspolitik des Deutschen Lehrervereins, von Johannes Fews.

Die Forderung einer sinnvoll gegliederten Einheitsschule ist ein Programmpunkt der Kulturforderung der Sozialdemokratie, und es muß festgestellt werden, daß zwischen den beiden Organisationen eine weitgehende Übereinstimmung in ihren kulturpolitischen Fragen herrschte, daß der Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei - lange Jahre stand er unter der Führung des späteren Staatssekretärs Heinrich Schulz - im wesentlichen die Schulforderungen des Deutschen Lehrervereins übernahm, so die Forderung der Simultanschule, der Lehrerbildung auf einer Hochschule, die Forderung der kollegialen Schulleitung, der Bildung der Lehrerräte entsprechend den Betriebsräten in wirtschaftlichen Betrieben, die Forderung einer Reichsschulbehörde und viele andere.

Bis 1919 hatte im Reich ein Verbot für die Beamten bestanden, sich der Sozialdemokratie als Mitglied anzuschließen. Als dieses Verbot fiel, bekannte sich auch ein erheblicher Teil der Lehrerschaft zur SPD, namentlich aus der Führerschaft des Deutschen Lehrervereins, weil gerade in dieser Lehrerschicht die Bedeutung des Wirkens der SPD für die Schule eingeschätzt wurde. Bezeichnend dafür war ein Vorgang, der Ende der zwanziger Jahre, als die Entwicklung nach rechts schon deutlich zu erkennen war, einiges Aufsehen erregte. Einer der Führer der besonders regen Lehrer im Lande Sachsen rief unter dem Beifall fast der gesamten Vertreter in einer Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins: "Ich bin nicht Mitglied der SPD, aber ich muß, wenn ich gerecht sein will, nach meiner festen Ueberzeugung aussprechen, daß es mit der Volksschule überall da, wo die SPD an entscheidender Stelle in der Gesetzgebung und in der Verwaltung steht, im Sinne unserer Forderungen aufwärts gegangen ist." Besonders eng war die Verbindung zwischen Lehrerverein und sozialdemokratischer Partei in der Zeit des Unterrichts-Ministers Grimme in Preußen, und in den Kreisen der älteren Mitglieder des Deutschen Lehrervereins wird noch dankbar der beiden sozialistischen Minister Hänisch und Adolf Hoffmann gedacht, die die Lehrerschaft Preußens freimachten von der verhassten geistlichen Schulaufsicht.

Als dann die Nazis ans Ruder kamen, stürzten sie sich mit besonderer Glor auf den Deutschen Lehrerverein, nicht nur, um ihn sein beträchtliches Vermögen zu rauben, sondern auch, um Schluß zu machen mit einem demokratischen Ausbau des deutschen Schulwesens. Deshalb wurde auch ein viel größerer Prozentsatz der Führerschaft des Deutschen Lehrervereins nach dem sogenannten Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums gemäßregelt als in irgend einer anderen Beamtenorganisation.

Aus der Führerschaft des 1933 durch die Nazis zerschlagenen Deutschen Lehrervereins hat sich ein Kreis zusammengefunden, der in Verbindung mit neuen gleichgesinnten Männern die in der britischen Zone bereits begründeten oder in der Bildung begriffenen Landesverbände der Lehrerschaft wieder-zum dritten Male in einem großen Verbände, dem "Allgemeinen Deutschen Lehrerverband in der britischen Zone" sammeln will. Der neue Verband will seine Tore weit aufmachen und will ein Zusammenschluß von Lehrern aller Schulgruppen und aller Lehrgattungen werden. Wenn der neue Verband wirklich wieder die sozialistischen und demokratischen Forderungen seiner Väter aus der Vorrazizeit aufnimmt, wird er in der Front derer, die einer im Sinne aller Schaffenden wirkenden Schule wollen, willkommen heißen werden.

(b/Th/2147/2/hs)

Frankreich und die Saar

Die einhellig ablehnende deutsche Stellungnahme zu dem französischen Vorgehen in der Saarfrage hat in Frankreich offenbar eine gewisse Wirkung gehabt. Bezeichnend dafür ist, was dieser Tage "Le Monde", die ziemlich weit rechts stehende Zeitung der grossen Partei der Widerstandsbewegung, der MRP, schrieb. Das Blatt stellt zunächst fest, dass die deutschen Kundgebungen in dieser Sache eine klare Reaktion des Nationalgefühls seien, wenn man auch nicht bestreiten könne, dass damit gleichzeitig ein politisches Manöver unternommen würde. Das Blatt stellt dann folgende Skala auf: Die Deutschen hätten sich verhältnismässig schwach gegen die Annektion der Ostprovinzen an Russland und Polen gewehrt, wohl weil sie wüssten, dass diese Entscheidung endgültig sei. Bei der Ruhr hätten sie schon lauter Einspruch erhoben in dem Bewusstsein, dass sie mächtige Unterstützung finden würden. Bei der Saar rechneten sie aber mit noch grösseren Erfolgchancen, vor allem unter dem politischen Gesichtspunkt, ein gewisser Widerspruch ergibt sich schliesslich aus der Tatsache, dass dieses Blatt ziemlich unverhüllt die französische Forderung auch auf das politische Gebiet ausgedehnt

wissen will, weil die Politik und die Wirtschaft nach ihrer Ansicht auf die Dauer nicht zu trennen seien, dass sie aber gleichzeitig bei allen diesen Untersuchungen von dem uneingeschränkt deutschen Charakter der Saar ausgeht, der auch durch die grössten Propagandaanstrengungen nicht aus der Welt geschafft werden könne.

Wir können diese Stimme nicht ohne den ausdrücklichen Hinweis darauf zitieren, dass unseres Erachtens ein Gradunterschied in der Zurückweisung ausländischer Annektionspläne im Hinblick auf die verschiedenen Teile Deutschlands nicht festgestellt werden kann. (m/Bl/1/3147/he)

Stimme aus England

Auf gefährlichem Weg

"Vor sechs Monaten konnte man noch trotz starker Kritik an besonderen Massnahmen der britischen Verwaltung eine allgemeine deutsche Bereitwilligkeit feststellen, die laudable Absicht der britischen Absichten anzuerkennen. Heute aber glaubt alles, dass es Englands Absicht sei, Deutschland als einen wirtschaftlichen Konkurrenten zu vernichten, und dass es aus diesem Grunde fortführt, die deutsche Industrie zu knebeln und das deutsche Volk verhungern zu lassen....."

"Die Demokratie kann nicht durch eine Mischung von militärischer Diktatur und Bürokratie gefördert werden". (m/Bl/1/3147/he)

(Der Labour-Abgeordnete Ashley Bramall in "The New Statesman and Nation")

Prominente unerwünscht

Die Militärregierung in der amerikanischen Zone Deutschlands findet, wie amerikanische Pressemeldungen besagen, dass die Zeit noch nicht reif sei, um weitere Genehmigungen für die Reise prominenter Deutscher ins Ausland zu erteilen. Die amerikanischen Nachrichten beziehen sich ausdrücklich auf die Reisen Dr. Schumachers von der SPD und des Pfarrers Niemöller, von denen der eine, wie bekannt, Grossbritannien, der andere die USA besuchte. Es seien so viele unangenehme Briefe in die Hände der Militärregierung gelangt, schiesst es in den Nachrichten, die insbesondere Proteste gegen Niemöllers Reise enthalten hätten, dass weitere Genehmigungen nicht angezeigt erschienen.

(m/Bl/2/3147/he)

Verantwortlich: Fritz Säger, Hannover.